

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

UNZUMUTBAR!

Bundestagsabgeordnete der SPD, setzt ein wirkliches Signal! Stimmt NEIN zur Gesundheitsreform!

Die Reformpolitik der Großen Koalition kommt an „die Grenze der Zumutbarkeit“, warnt der SPD-Vorsitzende Kurt Beck. „Ich kann nur raten, diese Grenzen nicht zu überschreiten.“

Diese Aussage schlug ein wie eine Bombe. Es half nicht, dass Beck „die Grenze der Zumutbarkeit“ erst nach Durchsetzung der gesamten Antireformen kommen sah.

Für die einen ist die Grenze längst „überschritten“. In der Bevölkerung, in den Gewerkschaften und auch in der SPD wurde das als ein befreiendes Signal aufgefasst, in dem die massiven Abwehrkämpfe und die Auflehnung gegen die Unerträglichkeit der sozialen Zerstörungspolitik der Großen Koalition und akut gegen die Gesundheitsreform ihr Echo suchten.

Die anderen, von Merkel und ihrer CDU/CSU in der Großen Koalition bis hin zu Müntefering und bis hin zu den Unternehmervertretern, dem Bundespräsidenten Horst Köhler und nicht zuletzt der EU-Kommission, reagierten in Panik gerade dagegen, dass diese Beck-Äußerung die Schleusen für einen unkontrollierbaren Ablehnungssturm öffnen könnten.

In ihrer Neujahrsansprache stellt Kanzlerin Merkel klar: „Diese entschlossene Reformpolitik ist auch Voraussetzung für eine glaubwürdige Politik in Brüssel... Es geht um die Zukunftsfähigkeit der Europäischen Union.“

Für ihr Europa der EU muss die Arbeitsmarktreform vorangetrieben werden, müssen die Sanktionsmaßnahmen für die Arbeitslosen so weit verschärft werden, dass vor allem den unter 25-Jährigen der völlige Entzug des

Arbeitslosengeldes, wie die Streichung der Zuschüsse für Wohnung und Heizung, d.h. am Ende die Obdachlosigkeit, droht.

Für ihr Europa der EU muss die Rente 67 kommen, die weitere Hunderttausende in Alterselend stürzen wird.

Für ihr Europa der EU soll der Niedriglohnsektor drastisch ausgeweitet und die regulären Normalarbeitsverhältnisse und das System der Flächentarifverträge zerschmettert werden.

Für ihr Europa der EU soll als erstes und auf Biegen und Brechen die Gesundheitsreform endlich durchgepeitscht werden, die mit ihren „verheerenden Auswirkungen“ (W. Wodarg, SPD/MdB) ein „trojanisches Pferd zur Zerstörung der solidarischen Grundlagen der Sozialversicherung“ ist (Frank Bsirske, ver.di-Vors.).

Merkels Auftrag für ihre EU-Ratspräsidentschaft ist klar und unmissverständlich: um die zerstörerische EU-Politik ganz Europa aufbürden zu können, müssen vordringlich die von den ArbeitnehmerInnen in Deutschland erkämpften sozialen und demokratischen Errungenschaften platt gemacht werden.

Beck, der angetreten ist mit der Entschlossenheit, die SPD bis zu Ende der Reformpolitik der Großen Koalition zu unterwerfen, erklärt weiter, dass obwohl „wir den Bogen in der sozialen Frage arg angespannt haben“, die Reformen, die wir jetzt auf dem Weg haben, machen müssen! Und er nennt u.a. die Gesundheitsreform, Rente 67, die Arbeitsmarktformen, und „da wird noch manches hinzugefügt werden müssen“.

Nein, für die ArbeitnehmerInnen, für die RentnerInnen, für die Kranken ist die „Grenze der Zumutbarkeit“ schon lange

„überschritten“.

Zahlreiche SPD-Abgeordnete, wie Gewerkschaftsverantwortliche haben die Gesundheitsreform – diese Reform „muss vom Tisch“ (Bsirske) –, wie auch die Rente 67 als unzumutbar zurückgewiesen.

Andrea Nahles, Sprecherin der Linken in der SPD-Bundestagsfraktion, weist auf die angespannte Situation in der SPD-Fraktion hin: Ihre „äußerst kritische Position“ (zur Gesundheitsreform) werde in der SPD „von vielen geteilt“.

Ist es nicht notwendig, ein wirkliches Signal zu setzen mit einem Nein der SPD-Abgeordneten zur Gesundheitsreform? Gibt es einen anderen Weg, diese unsäglichen Zumutungen der Reformpolitik der Großen Koalition unter Merkel zurückzuweisen?

Die TrägerInnen des Offenen Briefes an die SPD-Abgeordneten: „Stoppt die Gesundheitsreform! Stimmt mit Nein!“ schlagen vor, die Unterzeichnung des Offenen Briefes noch zu vervielfachen, die Unterschriften den SPD-Abgeordneten zu übergeben und Versammlungen zu organisieren, an denen Verantwortliche und Abgeordnete der SPD teilnehmen oder ihre Stellungnahmen einbringen.

Sie schlagen auch vor, den „Alarmaufruf“ von Ärzten und Ärztinnen, Krankenhausbeschäftigten und GewerkschafterInnen aus ganz Europa: „In ganz Europa muss die beschleunigte Zerstörung des öffentlichen Gesundheitswesens sofort gestoppt werden“, und die geplante Delegation zur EU-Kommission, die dort eine Anklageschrift überreichen will, zu unterstützen.

CARLA BOULBOULLÉ

ITALIEN • Die Folgen der Regionalisierung des Gesundheitswesens 7-9 Monate Wartezeit für einen dringenden Arztbesuch!

Die verschiedenen Regierungen, die versucht haben, das öffentliche Gesundheitswesen zu zerschlagen, trafen immer wieder auf den Widerstand der Bevölkerung. Daraufhin griffen sie zur Regionalisierung des Gesundheitswesens. Es wurde im Jahr 2000 (unter einer Mitte-Links-Regierung) in die Verantwortung der Regionen gegeben, mit dem Ziel, „den Stabilitätspakt einzuhalten“. Das verpflichtete die Regionen, den gedeckelten Haushalt nicht zu überziehen. Dann im Jahr 2001 kam die erste Verfassungsreform (ebenfalls unter einer Mitte-Links-Regierung).

Mit der Reform von 2001 wurde ein weiterer Schritt zur Regionalisierung getan. Die Folgen waren:

- Massenhafter Bettenabbau, Schließung von dutzenden Krankenhäusern und hunderten Stationen; in Turin will die Regionalregierung jetzt 19 Stationen allein im Krankenhaus Molinette, dem größten der Stadt, schließen; gleichzeitig soll das Krankenhaus Oftalmico (Augenklinik) ganz schließen. Die Ärzte

und Krankenschwestern haben begonnen, bei der ganzen Bevölkerung Unterschriften gegen diese Schließung zu sammeln.

- Vervielfachung der Wartelisten. In Turin muss man heute 7-9 Monate auf einen dringenden Arztbesuch oder Untersuchungen warten. Wer das nötige Geld hat (die Untersuchungen sind oft sehr teuer), lässt sich privat behandeln, die anderen können ja sterben.

- Die Krankenhausärzte müssen ihre Kosten begrenzen. Die Krankenhausleitungen sagen ganz offen, dass der Betrieb sich nicht nach den Patientenbedürfnissen richtet, sondern nach dem gedeckelten Haushalt. Es geht darum, den Stabilitätspakt einzuhalten.

- Viele Leistungen, die bis jetzt kostenlos waren, müssen nun bezahlt werden, und das Finanzgesetz wird die Tarife noch erhöhen und die Bezahlung für Notfallmaßnahmen und weitere Medikamente einführen.

Zwei Generalstreiks und das Nein im Referendum am 26. Juni 2006 haben die Ablehnung der Regionalisierung und Zerstörung des Gesundheitswesens deutlich gemacht

- Hunderte flächendeckende medizinische Dienste wurden abgeschafft (Krankenfürsorge, Psychiatrie...). Die



Gewerkschaftsdemo in Rom gegen die Regionalisierung

Zahl der Schulärzte z.B. wurde zusammengestrichen: vorher gab es einen Arzt auf vier Schulen, jetzt bleibt nur einer für 35 Schulen.

- Todesfälle wegen fehlender Notaufnahmen sind sehr häufig geworden.

- Einige Regionen haben Krankenhäuser aus finanzieller Not verkauft.

- Viele Einrichtungen wurden privatisiert und sind Kooperativen oder NGOs geworden, mit schlechteren Arbeitsbedingungen und Löhnen als vorher.

Man muss daran erinnern, dass zwei Generalstreiks (vor zwei Jahren) gegen die Regionalisierung und Zerstörung mit Beteiligung fast aller Ärzte stattgefunden haben.

Man muss auch daran erinnern, dass der Sieg des Nein im Referendum am 26. Juni 2006 die klare Ablehnung der vollständigen Regionalisierung und Zerstörung des Gesundheitswesens zeigte.

LORENZO VARALDO (Delegierter aus Italien auf der Europäischen Konferenz im Februar 2006 in Berlin)

Zum Inhalt:

EU diktiert Zerstörung des öffentlichen Gesundheitswesens in ganz Europa

Deutsche Truppen in Afghanistan

Internationales Tribunal „Hurrikan Katrina“: Anklage gegen

US-Regierung wegen Menschenrechtsverletzung

IMPRESSUM

Soziale Politik & Demokratie erscheint 14-täglich. Für den Inhalt der Artikel sind jeweils die UnterzeichnerInnen verantwortlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Nachdruck (mit Quellenangabe) ist erwünscht; bitte Belegexemplar zusenden.

**NÄCHSTER REDAKTIONSSCHLUSS:
11. 01. 07**

Redaktionsadresse:

Soziale Politik & Demokratie
Postfach 120 755; 10597 Berlin
Fax-Nummer: 030 / 313 16 62
E-Mail: Soziale.Politik.und.Demokratie@t-online.de - Bestellungen, Beiträge und Mitteilungen bitte an diese Adresse schicken. / www.soziale-politik-und-demokratie.de

Redaktion / HerausgeberInnen Berlin:

Carla Boulboullé, Rainer Döring,
Udo Eisner, Volker Gernhardt, Ute Grahl, Gott-
hard Krupp, Volker Prasuhn,
Birgit Schöller, Volkmar Schöne,
Klaus Schröer, Hans Weigt, Axel Zutz

HerausgeberInnen:

Brandenburg: Bodo Fast
Nordrhein-Westfalen:
Heinz-Werner Schuster, Inge Steinebach,
Bodo Schoo, Beate Sieweke,
Tina Hauptmann
Mecklenburg-Vorpommern:
Lothar Hesse
Sachsen:
Gaby Hahn, Cornelia Matzke
Sachsen-Anhalt:
Karlheinz Gerhold (†), Axel Bachner,
Hans Günther Rinkleib

Thüringen:

Klaus Schüller, Andreas Hähle

Hessen:

Michael Altmann, Bettina Czölsch, Rudolf Schulz, Horst Raupp

Baden-Württemberg:

Michael Futterer

Druck: gks-berlin; ISSN: 0941-6064

Der regelmäßige Bezug ist nur im

Jahresabonnement möglich.

Jahresabonnement (inkl. Porto):

50,- Euro

Ermäßigtes Abonnement:

30,- Euro

In den Preisen sind 7% MwSt. enthalten.

Konto: C. Boulboullé,

Berliner Volksbank (BLZ 100 900 00)

Kontonummer: 5629 455 002

V.i.S.d.P.: C. Boulboullé

Postfach 120 755; 10597 Berlin

Mehr als 2700 Unterschriften unter den Offenen Brief:

Versammlungen und Treffen vor dem 18. und 19. Januar auf Einladung der UnterzeichnerInnen und UnterstützerInnen des Offenen Briefes für das NEIN der SPD-Abgeordneten !

NOCH liegt die Feiertagsruhe über dem Stadtteil Köln-Buchforst, als am Morgen des 27. Dezembers ein Infostand mit Unterschriftensammlung unter den Offenen Brief an die SPD-Bundestagsabgeordneten, bei der Abstimmung über die Gesundheitsreform am 18. und 19. Januar mit NEIN zu votieren, am Rande des Wochenmarktes stattfindet. Doch das Echo ist nichtsdestrotz überwältigend. Viele machen kehrt, die schon halb am Stand vorbei sind, wenn sie merken, um was es bei der Unterschriftensammlung geht. Paare und ganze Familien unterzeichnen.

Alle haben von der Gesundheitsreform gehört, sind empört oder erschüttert, haben ihre Gründe, warum sie sie ablehnen. Die BürgerInnen sind in größter Unruhe über die Zukunft der Gesundheitsversorgung. Viele bringen ihre eigenen Erfahrungen ein. Eine Frau, die gerade aus dem Krankenhaus entlassen wurde, ist noch schockiert: „Ich habe gefragt, warum bei uns eine Schwerkranke im Zimmer lag, da hat mir die Schwester erzählt, dass das immer so sei. Die haben so wenig Personal, dass die darauf setzen, dass sich die weniger Kranken um die Schwerstkranken kümmern.“ Viele fragen sich: „Wie soll das alles noch weiter gehen?“

Gesprächsthema sind auch die Äußerungen eines niedergelassenen Arztes aus dem Stadtteil, der vor kurzem ein Interview im »Kölner Stadtanzeiger« gegeben hat und dabei unter anderem die Frage stellte: „Wie soll ich einem schwer migränekranken Patienten wohl erklären, dass ich ihm selbst das billigste der wirksamen Medikamente nicht mehr verschreiben kann, wenn es demnächst zu 'Tagestherapiehöchstsätzen' kommt, über die hinaus ich nichts mehr abrechnen kann?“

Innerhalb kurzer Zeit, einer guten Stunde, unterschreiben genau 111 Bürger aus dem Stadtteil den Offenen Brief. Eine Anwohnerin nimmt die Unterschriftensammlung noch in ein nahe gelegenes Bürgercafe mit und ist sich sicher, dass auch dort noch Unterschriften gegeben werden. Sie alle zeigen mit ihrem Engagement noch einmal, dass die gesamte Bevölkerung die Gesundheitsreform ablehnt.

Was soll man von den Äußerungen von Kurt Beck halten?

Der SPD-Vorsitzende Kurt Beck muss die Existenz dieser frontalen Ablehnung eingestehen, wenn er an diesem gleichen 27. 12. über die Medien

verlauten lässt: „Ich glaube, dass wir in der Republik erkennen müssen, dass wir den Bogen in den sozialen Fragen arg gespannt haben.“ Im gleichen Atemzug kündigt er aber an, dass die bereits in Angriff genommenen Reformen, wie die Renten-, die Unternehmenssteuer-, die Föderalismusreform und natürlich auch die Gesundheitsreform noch „zu Ende geführt“ werden sollen.

Gegenüber der Bevölkerung und den Betroffenen ist das reiner Zynismus. Sie wollen und fordern, dass die Reformen, die „Zumutungen“, von denen Beck so gerne spricht, sofort gestoppt werden.

Hat sich Kurt Beck vielleicht auch deshalb so geäußert, weil in der Woche vorher einige SPD-Abgeordnete ihre Zustimmung zur Gesundheitsreform in Frage gestellt haben?

Will er einen „Politikwechsel“ in Aussicht stellen? Wie soll es ihn aber in einer Großen Koalition geben, die keinen anderen Auftrag anerkennt, als die Politik der EU in Deutschland und in Europa durch- und umzusetzen?

Mehr als 2700 ArbeitnehmerInnen, Versicherte, PatientInnen und ihre Angehörige, GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen haben bisher den Offenen Brief an die SPD-Abgeordneten unterzeichnet und damit nur die allgemeine Ablehnung zum Ausdruck gebracht.

Die Kölner Unterstützer und Träger der Initiativen um den Offenen Brief an die SPD-Abgeordneten wollen am 13. Januar zusammen mit Kolleginnen und Kollegen aus benachbarten Städten und Kreisen eine Versammlung organisieren. Im Vorfeld sollen die Unterschriften an die SPD-Abgeordneten überreicht werden. An sie gewandt sagen sie auch, dass wer die „Zumutungen“, von denen Beck spricht, stoppen will, die Politik der EU stoppen muss.

Auch in anderen Städten sind solche Versammlungen vor dem 18. und 19. Januar unter Einbeziehung der SPD-MandatsträgerInnen und SPD-Bundestagsabgeordneten geplant.

Wir werden in der nächsten Ausgabe der »Sozialen Politik & Demokratie« darüber berichten.

KORRESPONDENT AUS KÖLN

Angesichts der Pläne zur Gesundheitsreform ist die Bevölkerung in größter Sorge über ihre künftige medizinische Versorgung:

Wir wenden uns an die SPD-Bundestagsabgeordneten: Stoppt jetzt die Gesundheitsreform!

Die Regierung der Großen Koalition hatte gehofft, dass sich der Proteststurm gegen diese „Reform“ über Weihnachten und Neujahr legen würde, und hatte den Abstimmungstermin auf den 19. Januar verschoben. Doch jetzt sieht sich die Regierung gezwungen, den Termin erneut um 14 Tage zu verschieben.

Noch ist nichts entschieden – die Zeit drängt!

Die Kölner UnterstützerInnen und TrägerInnen der Initiativen um den Offenen Brief an die SPD-Abgeordneten laden alle, die diese Initiative unterstützen, zu einer Veranstaltung ein

Am Samstag, 13. Januar 2007, 13.00 Uhr

Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Melchiorstraße 3, Nähe Ebertplatz

Auch KollegInnen aus anderen Städten, sowie ein Kollege aus Frankreich werden teilnehmen.

Bundesweit werden in verschiedenen weiteren Städten Versammlungen vor der Verabschiedung der Gesundheitsreform im Bundestag stattfinden, zu denen auch SPD-MandatsträgerInnen und SPD-Bundestagsabgeordnete eingeladen sind oder die Möglichkeit haben, ihre Stellungnahmen einzubringen.

(Weitere Informationen über die Redaktion.)

Eva Gürster (SPD-ASG, ver.di-PR, Mitglied Landesfachbereichsvorstand 3 NRW)

Zu dem Aufruf von Ärztinnen und Ärzten, Krankenschwestern, GewerkschafterInnen:

»Wir schlagen Alarm. In ganz Europa muss die beschleunigte Zerstörung des Gesundheitswesens sofort gestoppt werden!« –

„Ich bin mir sicher, dass wir Mitte Januar 100 Unterzeichner sind!“

Bereits über 40 ErstunterzeichnerInnen unterstützen den Vorschlag für eine Delegation zur EU-Kommission, der von Delegierten der Europäischen Konferenz im Februar 2006 in Berlin ausgeht.

Bei den Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen aus dem Bereich der psychiatrischen Kliniken im Rheinland, in dem ich arbeite, stieß der Aufruf auf großes Interesse: Bei uns gibt es Pläne wegen der sogenannten Defizite, die durch die geplante Gesundheitsreform drohen, die Rechtsform unserer Kliniken zu ändern, weil ein Ausgleich dieser Defizite durch die Kommunen nicht mit dem europäischen Wettbewerbsrecht vereinbar ist.

Andere Kolleginnen und Kollegen aus anderen Kliniken fanden den Aufruf deshalb wichtig und haben ihn darum unterzeichnet, weil sie ganz allgemein sehen, dass die Angriffe auf uns im Gesundheitswesen in Deutschland dieselben sind, wie die in den anderen europäischen Ländern.

Diskussionen ergaben sich dann auch, nachdem Kollegen auf die Petition des EGB (Europäischer Gewerkschaftsbund) gestoßen sind, die von ver.di bei uns verbreitet wird. Weil dieser Aufruf sich an die EU-Kommission mit der Erwartung richtet, dass von ihr eine Änderung der Politik erfolgt, gab es dann auch Kritik an dem Aufruf der EAV nach dem Motto: „Ihr zielt mit Eurer Kritik an der EU-Kommission an den wirklich Verantwortlichen vorbei. Schuld ist nicht die EU, sondern es sind die neoliberalen Regierungen, die wirklich bestimmen!“

Es stimmt, dass bei uns immer wieder der Eindruck erweckt wird, dass die EU eigentlich eine tendenziell „fortschrittlichere“ Politik machen würde, als die „neoliberalen“ deutsche Regierung. Es wird dabei z.B. auf die Sozial-Charta, die die EU in den Maastrichter Vertrag aufgenommen hat, verwiesen.

Fakt aber ist, dass die EU seit 1999 allein 5 Mitteilungen, sowie ein Grünbuch und ein Weißbuch veröffentlicht hat, die alle auf der Linie liegen, z.B.

das, was wir im Krankenhaus machen, als eine „Dienstleistung“ zu bezeichnen, eine „Dienstleistung“, die genau so gut von jedem anderen und nicht von einem öffentlichen Krankenhaus gemacht werden kann. Das ist eine Logik, die dann natürlich in die Privatisierung führt. Die ganzheitliche, integrale Behandlung und Versorgung im öffentlichen Krankenhaus, die ja nichts anderes ist als die Absicherung des Rechts auf Gesundheit aller Bürger durch den öffentlichen Dienst, wird zerlegt in zahlreiche einzelne „Dienstleistungen“, die alle einem eigenen „Management“ unterworfen werden.

Das geht so weit, dass selbst die Berufe – Arzt, Krankenschwester, Therapeut – im Krankenhaus in einzelne „Dienstleistungstätigkeiten“ zergliedert werden. Eine examinierte Krankenschwester sitzt nur noch am PC und macht Pflegedokumentation, sieht im Zweifelsfall den einzelnen Patienten gar nicht mehr, während die Medikamente von einer Hilfskraft oder einer Schülerin ausgeteilt werden.

In dieser Diskussion kamen dann auch noch Fragen, ob es nicht das Kapital an sich ist, das hinter diesen ganzen Entwicklungen steckt, der Zwang, immer höhere Renditen zu erwirtschaften, weshalb jetzt überall privatisiert wird? Dafür könne man doch nicht die EU als solche verantwortlich machen!

Als Antwort darauf will ich auf eine Diskussion verweisen, die es jetzt in unserem kommunalen Aufsichtsgremium, das für unser Krankenhaus verantwortlich ist, gegeben hat. Und zwar entstand diese Diskussion vor dem Hintergrund, dass die Kommunalverbände aufgefordert sind, im Rahmen der Vorbereitung einer Richtlinie der EU zu den Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen (SoGDAI) dazu Stellung zu nehmen, welche Tätigkeiten in ihrem Aufgabenbereich eigentlich „wirtschaftliche“ und welche „nicht-wirtschaftliche“ sind.

Die Kommunalvertreter haben dagegen protestiert, dass die EU-Kommission durch „Marktbeobachtung“

entscheidet, ob eine „wirtschaftliche und marktbezogene Leistung“ vorliegt, oder eine „nicht-wirtschaftliche Tätigkeit“. Sie sagen, dass aufgrund dieses Vorgehens der EU-Kommission die „Mitgliedstaaten in einer beständigen Defensivposition“ sind, bei der ihre „mitgliedstaatliche Kompetenz“ immer weiter „zurückgedrängt“ wird.

Ausschlaggebend seien dann nicht mehr die politischen Entscheidungsträger, sondern „ob ein Privater für sich einen Markt entdeckt“. Beschreibt das nicht klar das Verhältnis zwischen dem Kapital, der EU und den demokratisch gewählten MandatsträgerInnen in den Mitgliedstaaten? Die Demokratie wird durch die EU ausgehebelt!

Das ist übrigens auch bei der gegenwärtigen Gesundheitsreform der Fall. Sie enthält alle die Elemente – insbesondere z.B. die Verstärkung des Wettbewerbs unter den Krankenkassen, Krankenhäusern und Ärztinnen und Ärzten – die die EU-Kommission schon 2001 in einer Mitteilung gefordert hat. Ich persönlich meine, dass nur dann die Zerstörung des öffentlichen Gesundheitswesens gestoppt werden kann, wenn diese Politik der EU gestoppt und alle bisher aus dem Öffentlichen Dienst ausgelagerten Teile des Gesundheitswesens wieder in die Öffentliche Hand zurückgeführt werden. Das verlangt die EGB-Petition übrigens nicht.

Bei den Treffen, Versammlungen, Ständen, die wir bis zur Abstimmung über die Gesundheitsreform im Bundestag machen, wollen wir noch andere auf die europäische Initiative gegen die Zerstörung des öffentlichen Gesundheitswesens ansprechen. Ich bin mir sicher, dass wir Mitte des Monats hundert UnterzeichnerInnen aus Deutschland sein werden, die die Delegation zur EU-Kommission unterstützen, um deren Verantwortung für die Zerstörung des Gesundheitswesens aufzuzeigen und den gemeinsamen Widerstand in ganz Europa gegen ihre Politik, die von den Regierungen umgesetzt wird, zu stärken.

Chronologie des Eingreifens der EU-Kommission in die Gesundheitspolitik der Mitgliedstaaten

Seit der Schaffung des europäischen Binnenmarktes 1987 und erst recht mit der Unterzeichnung des Maastrichter Vertrages hat die EU eine Politik des umfassenden Eingriffs in den Öffentlichen Dienst der Mitgliedstaaten entwickelt. Hinsichtlich der Einflussnahme auf das Gesundheitswesen sollen im nachfolgenden einige Eckpunkte dieses Vorgehens in chronologischer Reihenfolge aufgezählt werden:

ten entwickelt. Hinsichtlich der Einflussnahme auf das Gesundheitswesen sollen im nachfolgenden einige Eckpunkte dieses Vorgehens in chronologischer Reihenfolge aufgezählt werden:

• **1999 – Mitteilung der EU-Kommission unter dem Titel „Eine konzertierte Strategie zur Modernisierung des Sozialschutzes“:** Darin fordert die Kommission eine generelle Überprüfung der Alterssicherungs- und Gesundheitsversorgungssysteme und hebt hervor, dass die Kosten des Sozialschutzes einen großen Einfluss auf die Beschäftigung hätten. Sie fordert von den Regierungen der EU, die Mittel für die Gesundheitsausgaben einzufrieren und den Kostendruck im Gesundheitswesen durch die „immer weiter ansteigende Nachfrage“ zu bekämpfen.

• **2000 – Lissabon-Gipfel der EU-Regierungschefs:** Die EU fasst den Beschluss, dass Europa die „wettbewerbsfähigste Region“ der Welt werden soll, und nimmt eine umfassende „Modernisierung des europäischen Sozialmodells“ in Angriff.

• **2001 – Mitteilung der EU-Kommission unter dem Titel „Die Zukunft des Gesundheitswesens und der Altenpflege: Zugänglichkeit, Qualität und langfristige Finanzierbarkeit sichern“:** Darin beklagt die Kommission einen Wiederanstieg der Gesundheitsausgaben in der EU und ruft die Regierungen im Namen der Lissabon-Strategie auf, die Maßnahmen zur „Regulierung der Nachfrage“ (Steuer- oder Sozialversicherungsbeitragserhöhungen) oder zur „Regulierung des Angebots“ (Deckelung der Budgets oder Ausgaben, Förderung des gezielten Wettbewerbs unter den Leistungserbringern, Deregulierung des Vertragsrechts zwischen „Käufern“ und „Anbietern“ von Gesundheitsleistungen) fortzusetzen und zu verstärken.

• **2003 – Grünbuch der EU-Kommission zu Dienstleistungen von Allgemeinem Interesse:** Gestützt auf die Privatisierung der ersten großen Bereiche des Öffentlichen Dienstes wie der Post, der Telekommunikation und der Bahn, fordert die EU-Kommission, dass „Dienstleistungen allgemeinen (wirtschaftlichen) Interesses“ (DAI), die für die „soziale Kohärenz“ in der EU wichtig seien, nicht mehr vom Öffentlichen Dienst, sondern auch von anderen Marktteilnehmern erbracht werden.

Damit wird der Öffentliche Dienst von den Dienstleistungen für das Allgemeinwohl getrennt und werden die Kommunen und die Öffentliche Hand in eine reine Rolle der „Gewährsträgerschaft“ gedrängt. Die EU-Kommission verlangt dazu ein allgemeines Regelwerk in Form einer EU-Richtlinie und fordert die Regierungen zu Stellungnahmen auf.

• **2004 – Weißbuch der EU-Kommission zu Dienstleistungen von Allgemeinem Interesse:** Darin formuliert die EU-Kommission ihre Leitprinzipien für eine EU-Richtlinie in diesem Bereich. Dazu gehört z.B. die „strenge“ Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips (d.h. die Vergabe von öffentlichen Aufgaben im Bereich der allgemeinen Dienstleistungen so weit wie möglich an nicht öffentliche Träger) oder die Verpflichtung zur Senkung der Preise (mit einem positiven Verweis auf den Bereich der Telekommunikation).

• **2006 – Mitteilung der EU-Kommission unter dem Titel „Umsetzung des Gemeinschaftsprogramms von Lissabon. Die Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse in der Europäischen Union“:**

Nachdem der Prozess des Erlasses einer Richtlinie zu den Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen durch das Nein der Franzosen und Niederländer zur EU-Verfassung zunächst ins Stocken geraten war, strebt die EU-Kommission in Ergänzung zu der mittlerweile verabschiedeten Dienstleistungsrichtlinie (Bolkestein-Richtlinie) jetzt den Erlass einer gesonderten Richtlinie zu den Sozialdienstleistungen an.

Unter Sozialdienstleistungen definiert die EU-Kommission den Teil der Dienstleistungen Allgemeinen Interesses, die z.B. nicht zu einem Erwerbszweck, zur Absicherung in persönlichen Notlagen der am stärksten gefährdeten Personengruppen oder in einem „asymmetrischen“ Dienstleister-Verbraucher-Verhältnis erbracht werden, d.h. unter Beteiligung eines zahlenden Dritten. Die Gesundheitsdienstleistungen sind aus dieser Definition der Sozialdienstleistungen ausgenommen.

Ziel der EU-Kommission ist es, die Mitgliedstaaten daran zu erinnern, dass sie bei der Organisation einer Sozialdienstleistung das EU-Recht einhalten müssen, z.B. den Grundsatz der Nichtdiskriminierung und die Gemeinschaftsvorschriften für öffentliche Aufträge. Das betrifft vor allem die Kommunen und Kommunalverbände bei der Jugendhilfe, der Behindertenfürsorge, der Kindergartenversorgung. Alle diese Bereiche sollen für private Anbieter geöffnet werden.

• **2007 – In der Mitteilung der EU-Kommission vom 14. 3. 2006 zur jährlichen Strategieplanung der EU für das Jahr 2007** wird vom EU-Kommissionspräsidenten Barroso der „Aufbau eines Gemeinschaftsrahmens für sichere, hochwertige und effiziente Gesundheitsdienste durch Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und Herstellung von Klarheit und Sicherheit in der Anwendung des Gemeinschaftsrechts auf Gesundheitsdienste und Gesundheitsversorgung“ angekündigt.

HENNING FREY

„In ganz Europa muss die beschleunigte Zerstörung des öffentlichen Gesundheitswesens sofort gestoppt werden!“

Ärzte und Ärztinnen, Krankenhausbeschäftigte und GewerkschafterInnen aus ganz Europa zeigen an Hand von Tatsachen, dass sich in ihren jeweiligen Ländern das öffentliche Gesundheitswesen und das soziale Sicherungssystem, die bis jetzt in unterschiedlichen juristischen Formen den gleichen Zugang zur Versorgung für alle Bürger ihren Länder garantiert haben, in Auflösung befinden.

Am 31. März soll eine Delegation der EU-Kommission eine Anklageschrift überreichen.

(Der Aufruf kann über die Redaktion bezogen werden.)

Udo Eisner (Demokratische Linke Berlin, IGM)

Streitschrift

UNTER der Überschrift „Die Zerstörung des Gesundheitswesens in ganz Europa muss gestoppt werden!“ in Nr. 155 vom 05. 12. 2006 wird u.a. von den Protesten der Apotheker und deren Verbände berichtet und vor einem „Apothekenvernichtungsgesetz“ gewarnt.

Unter dem Deckmantel des drohenden angeblichen Stellenabbaus in den Apotheken haben die Verbandsfunktionäre ihre Angestellten auf die Straße getrieben. Steht wirklich die Besorgnis um ihre Angestellten hinter den Protesten, oder ist es nicht in Wahrheit die Angst der Besitzenden um die Reduzierung ihrer Gewinne?

Bei der Solidarisierung mit Protestbewegungen kann man die Frage „Wem nutzt es“ nicht außer acht lassen, da sich häufig die falschen Propheten einen Trend zunutze machen, um ihre eigenen Interessen vordergründig zu verschleiern! Ich kann mir jedenfalls nicht vorstellen, dass sich die Verbandsfunktionäre des Apothekenwesens um ihre Angestellten ernsthaft Sorgen machen. Da darf dann wohl die Frage nach Tarifverträgen, Arbeitszeitregelungen, Kündigungsschutz und Arbeitnehmerrechten in diesem Gewerbe erlaubt sein.

Warum wurde die Gewerkschaft ver.di nicht in die Protestbewegung mit

einbezogen? Apotheken und Apotheker sind eine ehrenwerte Zunft, jedoch dürfen die Gesellschaft und die Versicherten, die das System finanzieren, dann auch danach fragen, wie mit den Mitteln, die in das System hinein gegeben werden, umgegangen wird.

Brauchen wir das derzeitige Überangebot von Apotheken in den Ballungsgebieten der Städte, oder wäre die Konzentration von genossenschaftlich geführten, mit tariflich gesicherten Arbeitsplätzen ausgestatteten Apotheken in territorial für die Versicherten gut erreichbaren Standorten nicht eine sowohl volkswirtschaftlich als auch gesundheitspolitisch denkbare Lösung?

Sie würde zumindest den Zwang zur kapitalistischen Verwertung des Handels mit pharmazeutischen Produkten zu Lasten der Versicherten wesentlich



minimieren. Mit der Drohung – Arbeitsplatzabbau – wird stets von Verbänden und Wirtschaftsfunktionären die Durchsetzung arbeitnehmerfeindlicher Entscheidungen zum Durchbruch verholten.

Also Vorsicht – wohin fährt der Zug, auf den wir aufspringen!!!! Um den „Kuchen“ Krankenversicherung streiten viele, und sie geben vor, immer im Interesse des Patienten oder Versicherten zu handeln.

Einige Fragen an die Streitschrift von Udo Eisner

IN DER Ausgabe 155 der „Sozialen Politik & Demokratie“ wurde auf die Protestaktionen der Apotheker gegen die Gesundheitsreform hingewiesen.

Udo Eisner wirft die Frage auf, ob es den Verbandsfunktionären des Apothekerwesens wirklich um das Wohl der Angestellten geht und nicht in Wahrheit vielmehr um ihre Gewinne, deren Reduzierung sie fürchten? Diese Frage kann man zu Recht aufwerfen, aber geht es darum?

10.000e Beschäftigte der Apotheken haben demonstriert. Haben sie nicht recht, wenn sie sich gegen den drohenden massiven Abbau ihrer Arbeitsplätze wehren? Haben sie nicht recht, wenn sie vor der Verschlechterung der Arzneimittelversorgung warnen? Haben sie nicht recht, wenn sie fordern, dass die Kosten bei der Arzneimittelindustrie gesenkt werden müssen, und wenn sie vor einem zügellosen Preiskampf bei

hochsensiblen verschreibungspflichtigen Arzneimitteln zu Lasten der PatientInnen warnen?

Der Großen Koalition geht es bei ihrer Reform, wie schon der Name des Gesetzes („Wettbewerbsstärkungsgesetz“) sagt, allein um die Förderung des Wettbewerbs und nicht um die Verbesserung der Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung.

Die Apotheken werden schonungslos der kapitalistischen Profitjagd ausgeliefert, was zum Sterben vieler Apotheken führen wird.

Kann es da heute eine andere Antwort geben, als den vereinten Kampf aller von dieser Reform Betroffenen, wie der Beschäftigten in den Krankenhäusern und den Apotheken, damit diese Gesundheitsreform gestoppt wird? Die Verwirklichung dieser Einheit gegen das Vorhaben der Großen Koalition, diese „Reform“ gegen alle Widerstände durchzupeitschen, ist eine

Forderung, die auch an ver.di gerichtet werden muss. - CARLA BOULBOULLÉ

Barmer-Chef warnt vor Privatisierung

BERLIN. Der umstrittene Gesundheitsfonds wird aus Sicht der Barmer Ersatzkasse sehr rasch zu hohen einseitigen Lasten für die Versicherten führen. Schon nach zwei bis drei Jahren würden die Kosten der Krankenversicherung zunehmend den Arbeitnehmern allein aufgebürdet, sagte Barmer-Vorstandschef Johannes Vöcking in einem Interview der Nachrichtenagentur AP. Am Ende stehe „eine zunehmende Privatisierung der Finanzierung und damit eine Privatisierung des Systems“. Dies werde nicht in zehn oder 20 Jahren geschehen, sondern bereits ab dem dritten Jahr des Fonds. (»Junge Welt«, 27. 12. 06)

ver.di Fachbereich Sozialversicherung Berlin-Brandenburg
OFFENER BRIEF an die Mitglieder der Landesregierungen und Landesparlamente in Berlin und Brandenburg, sowie an die Bundestagsabgeordneten aus Berlin und Brandenburg
„Wir fordern Sie auf, dem Entwurf zum GKV-WSG
(GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz) Ihre Zustimmung zu verweigern“

Zunächst wird in dem Offenen Brief auf die Gefahren des Gesundheitsfonds hingewiesen. Weiter heißt es:

„Rechnungslegung nach dem HGB, Entschuldung der Krankenkassen und Insolvenzfähigkeit

Ab 2008 soll die Rechnungslegung der öffentlich-rechtlichen Körperschaften nach dem Handelsgesetzbuch (HGB) erfolgen, als wären Gesetzliche Krankenkassen private Unternehmen. Das „GKV-WSG“ sieht vor, dass die Krankenkassen ihre Schulden bis Ende 2007 abbauen müssen, in begründeten Ausnahmen bis Ende 2008. (...)

Die Gesetzlichen Krankenkassen sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und haben einen Versorgungsauftrag, der sich aus dem Sozialstaatsgebot des Art. 20 Abs. 1 Grundgesetz ableitet. Bereits heute lässt das Sozialgesetzbuch zu, dass unwirtschaftlich arbeitende Krankenkassen durch die Aufsichtsbehörde geschlossen werden können. Hierfür bedarf es keines neuen Steuerungsinstrumentes. Darüber hinaus erscheint uns die gesamte Konstruktion eines möglichen Insolvenzvollzuges in höchstem Maße abenteuerlich und mit großen Gefahren für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung verbunden. Die in der Vergangenheit nicht geforderten Altersrückstellungen für die Dienstordnungsgemäßen Angestellten (DO-Angestellte) in vielen AOKn, müssen in die Eröffnungsbilanz eingehen. Dieses führt dazu, dass einige AOKn eine Eröffnungsbilanz von mehreren Hundert Millionen bis eine Milliarde Euro Minus haben und damit in die Insolvenz zu gehen drohen. Dieses wird einen Dominoeffekt auf dem „Gesundheitsmarkt“ auslösen. Leistungsanbieter, z.B. Krankenhäuser, drohen als Gläubiger insolventer Krankenkassen ebenfalls in die Insolvenz getrieben zu werden.

Derzeit ist es so, dass die Verbände der Gesetzlichen Krankenkassen für deren Verbindlichkeiten haften. Also etwa der AOK-Bundesverband für einzelne AOKn, der Verband der Angestellten-Krankenkassen (VdAK) für Verbindlichkeiten der Ersatzkassen usw. Doch genau diese Verbände werden politisch gewollt zerschlagen, um die Gesetzliche Krankenversicherung stärker unter die Kontrolle des Bundesgesetzgebers / der Exekutive zu stellen. Auch die hilfsweise

Schaffung eines einheitlichen Dachverbandes für die GKV ist nicht geeignet, die Gefahren abzuwenden. Dieser Dachverband soll u.U. die Rechtsform einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts erhalten. Die Folge wäre eine mangelnde Verbindlichkeit, da man einem Verband dieser Rechtsform bei- und austreten kann, wie man möchte. Die Haftungsverpflichtung wäre der Beliebigkeit hingegeben.

Neben den durch uns befürchteten katastrophalen Folgen für die Leistungsfähigkeit des Gesundheitssystem würden durch diese Entscheidungen mindestens zehntausende Arbeitsplätze gefährdet.

Versicherungsfremde Leistungen und halbherzige Steuerfinanzierung

In der Vergangenheit waren die „Verschiebebahnhöfe“ stets ein nennenswerter beitragsrelevanter Faktor. Verschiebebahnhöfe heißt, dass der GKV auf der Kostenseite Belastungen durch den Bundesgesetzgeber zugeschoben wurden, die einer gesamtgesellschaftlichen vollständigen Steuerfinanzierung bedurft hätten. Der GKV wurden nämlich nicht die erforderlichen finanziellen Äquivalente gegeben. Pro Jahr wird die GKV dadurch mit insgesamt 4,6 Mrd. Euro belastet; davon allein 2,6 Mrd. E durch die Absenkung der Beiträge für Bezieher von Arbeitslosengeld und -hilfe! Die Belastungen waren noch viel höher, haben sich erst etwas entspannt, als der GKV ein Teil der Einnahmen, der aus diesem Grunde erhöhten Tabaksteuern zur Finanzierung von Schwanger- und Mutterschaftsgeld zur Verfügung gestellt wurde. Immerhin 4,2 Milliarden Euro. (...)

Die guten Absichten mit der Steuerfinanzierung für die Kindermitversicherung dürfen nicht darüber hinweg täuschen, dass die Steuerfinanzierung des Jahres 2008 geringer ist, als die für 2006. Die 4,2 Milliarden Euro aus der Tabaksteuer werden nämlich zur Entlastung des allgemeinen Bundeshaushaltes der GKV wieder teilweise entzogen. Der in der Koalitionsvereinbarung festgelegte Anspruch, die GKV für die Zukunft auf eine solide finanzielle Basis zu stellen, kann so nicht eingehalten werden. Im Gegenteil: Lasten, die aus Steuermitteln zu finanzieren wären, werden letztlich einseitig den beitragszahlenden Versicherten (Zusatzprämie) auferlegt.

Beitragseinzug der Gesamtsozialversicherungsbeiträge

Die Entscheidung, den „Gesundheitsfonds“ um ein Jahr auf 2009 zu verschieben und damit den Beitragseinzug vorerst bei den Gesetzlichen Krankenkassen zu belassen, geht auch auf die durch uns organisierten öffentlichen Proteste der GKV-Beschäftigten im Juli dieses Jahres zurück. In dieser Frage ging und geht es um den Erhalt von 30.000 Arbeitsplätzen bei der GKV. Es geht auch darum, dass die GKV den Gesamtbeitragseinzug (das Volumen beträgt über 460 Milliarden Euro jährlich) sehr effektiv und zu niedrigen Kosten mit hoher Zuverlässigkeit erledigt hat. Dabei soll es auch bleiben. Daher appellieren wir an Sie, sehr geehrte Damen und Herren aus den Parlamenten und Landesregierungen, sich dafür einzusetzen, dass der Beitragseinzug für die Gesamtsozialversicherungsbeiträge dauerhaft bei der GKV verbleibt. (...)

Als Forderungen werden u.a. genannt:

„(...) – die Regelungen hinsichtlich der einseitigen Belastungen der Versicherten (Zusatzbeitrag) sind zu streichen,

– die Festlegung der Beitragssatzhöhe ist in der Entscheidungsgewalt der Selbstverwaltung zu belassen (das Fonds-Modell ist abzulehnen),

– der Zeitraum für die Entschuldung von Krankenkassen ist zur Verhinderung von massiven Beitragssatzsteigerungen zu verlängern,

– die beabsichtigte Haftungs- und Insolvenzregelung ist dahingehend zu verändern, dass die in der Rechtsform einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft agierenden Kassen aufgrund des Sozialstaatsgebots nicht insolvenzfähig sind.“

Mit freundlichen Grüßen

Susanne Stumpfenhusen
Landesbezirksleiterin Berlin-Brandenburg

Andreas Stoll
Landesbezirksfachbereichsleiter
Sozialversicherung

Marco Pavlik
Fachbereichssekretär
Sozialversicherung Berlin

(Dezember 2006)

Nein zur Bahnprivatisierung – für die Rückführung der Bahn in einen staatlichen Betrieb! Nein zur Auflösung von TRANSNET!

INTERVIEW mit **Andreas Tannhäuser** (Mitglied im TRANSNET-Hauptvorstand, SPD-AfA-Landesvorstand Berlin)

Auf der letzten Versammlung der Vertrauensleute der Berliner S-Bahn haben die KollegInnen mit zwei Beschlüssen einerseits ihre Ablehnung der drohenden Bahnprivatisierung unterstrichen und andererseits deutlich gemacht, dass sie die mögliche Auflösung ihrer Gewerkschaft TRANSNET im Zuge einer Fusion mit einer nicht dem DGB angehörenden Beamtengewerkschaft nicht zulassen werden. Sie wenden sich dabei an die Mitglieder des SPD-Parteivorstands und an die SPD-Bundestagsabgeordneten sowie an die mit ihnen im DGB verbundenen Gewerkschaften und an den DGB selbst.

Frage: Andreas, warum habt Ihr aktuell diese beiden Beschlüsse gefasst?

Andreas T.: In den letzten Wochen und Monaten haben zahlreiche Gespräche zwischen sozialdemokratischen EntscheidungsträgerInnen und FunktionärInnen der Gewerkschaft TRANSNET über die geplante Privatisierung der Deutschen Bahn stattgefunden.

Als BahngewerkschafterInnen unserer DGB-Gewerkschaft TRANSNET lehnen wir den Börsengang der Deutschen Bahn AG, alle sonstigen Privatisierungsbestrebungen

und Ausgründungsvorhaben sowie die Trennung von Netz und Betrieb ab. Die Eisenbahnerinnen und Eisenbahner sehen genau, dass bei Post und Telekom nach dem Börsengang der Druck auf die Beschäftigten massiv zugenommen hat und der Service für die Kunden schlechter geworden ist. Das könnte auch auf uns zukommen, sobald das erste Aktienpaket in private Hände gelangt ist.

Wir unterstützen deshalb auch die sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten, die sich den aktuellen Privatisierungsbestrebungen widersetzen. Die KollegInnen treten ein für die Rückführung der Deutschen Bahn AG in einen staatlichen Betrieb unter voller Verantwortung und vollständiger Finanzierung durch den Bund.

Frage: Gleichzeitig wendet Ihr Euch an Eure KollegInnen, denn Ihr fürchtet, Eure Gewerkschaft soll als Hindernis auf dem Weg zum Börsengang aufgelöst werden.

Andreas T.: Es gab gute Gründe für die einheitliche Organisation in der

einen unabhängigen Bahngewerkschaft TRANSNET als Mitgliedsgewerkschaft des DGB. Wer dies heute in Frage stellt,



Warnstreik am 6. Oktober in München

setzt die Kampfkraft der KollegInnen und ihrer Organisation aufs Spiel. Eine Auflösung unserer Gewerkschaft TRANSNET nutzt allein den Privatisierern, ihnen ist unsere Gewerkschaft für ihren Profit im Weg, und deshalb soll sie verschwinden.

Frage: Was erwartet Ihr von den SPD-Bundestagsabgeordneten?

Andreas T.: Noch kann die Privatisierung durch ein behertes Eingreifen des SPD-Parteivorstands und ein Veto der Bundestagsfraktion gestoppt werden. Die KollegInnen begrüßen es daher ausdrücklich, dass eine Gruppe von Abgeordneten, darunter Kurt Bodewig, Monika Griefahn und Hermann Scheer, sich mit guten Argumenten gegen die Bahnprivatisierung ausgesprochen hat.

Frage: Wie wollt Ihr innerhalb Eurer Gewerkschaft weiter vorgehen?

Andreas T.: Mit dem Beschluss der Vertrauenspersonen der Berliner S-Bahn in TRANSNET wenden wir uns an alle unsere KollegInnen:

„Bekämpft mit uns in unserer gemeinsamen Gewerkschaft TRANSNET alle Privatisierungsbestrebungen und Ausgründungsvorhaben sowie die Trennung von Netz und Betrieb!

Verteidigt mit uns die Unabhängigkeit unserer Gewerkschaft gegenüber Staat, Regierung, Parteien und Religion und ihre Zugehörigkeit zum DGB!

Lasst die Auflösung der TRANSNET nicht zu! Verteidigt mit uns die nach Krieg und Teilung gemeinsam aufgebaute Einheitsgewerkschaft als einen Grundpfeiler der politischen und sozialen Demokratie! Nur in ihr und mit ihr ist die Verteidigung der Bahn gegen ihre Zerschlagung möglich.“

Das Interview führte AXEL ZUTZ.

TNT-Post will Briefmarkt mit Kinderarbeit erobern

Die Regierung der Großen Koalition will bis Ende 2007 das Briefmonopol in Deutschland auslaufen lassen und damit, den EU-Richtlinien entsprechend, den Postmarkt weiter dem Wettbewerb öffnen.

Die TNT Post will in Deutschland zweitgrößter Briefversender werden.

Ver.di nimmt Stellung:

Als „handfesten Skandal“ bezeichnete der stellvertretende Vorsitzende der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Rolf Büttner, die Strategie des Postdienstleistungsanbieters TNT, Kinder für den Aufbau eines bundesweiten Zustellnetzes anzuheuern: „Kein seriöser Anbieter wird mit einem Taschengeld für Kinder konkurrieren können. Die Minderjährigen sollen zunächst nur Kataloge und Prospekte verteilen. Aber langfristig ist das ein Versuch, sich über Billigstlöhne große Marktanteile im Briefmarkt zu sichern“, stellte Büttner fest. Diese Strategie treibe die Praxis einzelner Postdienstleistungsanbieter auf die Spitze, weil immer prekäreren Arbeitsverhältnissen den Postmarkt zu erobern.

Nach dem Postgesetz sollen nur Firmen eine Lizenz erhalten, die die im lizenzierten Bereich üblichen Arbeitsbedingungen nicht

wesentlich unterschreiten. Damit habe der Gesetzgeber sicherstellen wollen, dass Wettbewerb über Qualität und nicht über Lohn- und Sozialdumping geführt werde. Diesem Grundsatz komme die Bundesnetzagentur nicht ansatzweise nach, sagte das ver.di-Bundestagsvorstandsmitglied.

Büttner kritisierte die Folgen der Lizenzvergabe durch die Bundesnetzagentur: Firmen, die sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen anbieten, würden aus dem Markt gedrängt oder bauten ihre Zustellorganisationen auf Armutslöhnen auf. Auch müsse Schluss sein mit der „Lebenslüge“ der Briefbranche, die Liberalisierung des Postmarkts hätte Arbeitsplätze geschaffen, sagte Büttner, der entsprechende Berechnungen von Lobbyvereinigungen zurückwies: Tatsache sei, dass seit 1999 per Saldo 14.000 Arbeitsplätze vernichtet worden seien. Sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen seien durch Armutsjobs ersetzt worden. „Wenn künftig Kinderarbeit noch als beschäftigungspolitischer Erfolg verkauft wird, sind wir im Frühkapitalismus angekommen“, sagte Büttner. (...)

(aus Newsletter der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Berlin, 28. November 2006)

Michael Altmann (SPD, AfA-Bezirksvorstand, ver.di)

Afghanistan: „Die Deutschen müssen wieder töten lernen“

Jede/r erinnert sich: Die Absage der deutschen Beteiligung am Irak-Krieg nach dem 11. September 2001 war mit der Verstärkung des weltweiten Einsatzes der Bundeswehr insbesondere in Afghanistan von der Schröder-Regierung gegenüber der Bush-Administration erkaufte worden. Es wird jeden Tag offensichtlicher, dass dieses Zugeständnis genutzt wird, um eine stärkere militärische Beteiligung Deutschlands an Auslandseinsätzen zu erpressen.

Der politische Druck auf Deutschland wird verstärkt. Bezüglich Afghanistan polemisiert die Presse der deutschen Nato-Alliierten: „Die Deutschen trinken nur Kaffee, während unsere Soldaten reihenweise umkommen.“ Der US-Botschafter in Afghanistan: „Einige Europäer wehren sich offenbar gegen die Idee, dass eine Armee zum Kämpfen da ist.“ Mitglieder der Bush-Administration fordern: „Die Deutschen müssen wieder töten lernen.“

Kanzlerin Angela Merkel hatte sich noch Ende November beim Nato-Gipfel in Riga gegen ein Engagement der Bundeswehr im sich militärisch verschärfenden Süden gewehrt. Laut Bundestagsmandat sollen die rund 3.000 deutschen Soldaten im noch relativ „ruhigen“ Norden des Landes bleiben. Lediglich in Notfällen dürfen kleine Kontingente für begrenzte Zeit im Süden aushelfen.

Und in der Tat gibt ein reales Problem, auf das auch Merkel Rücksicht nehmen muss: Die Erfahrungen des deutschen Volkes mit Faschismus und Krieg, die zum Buchenwalder Schwur geführt haben: Nie wieder Krieg! Deshalb muss die Bundesregierung – egal ob unter Schröder oder Merkel – die militärischen Einsätze als „humanitär“, als Aufbauhilfe o.ä. verkaufen. Aber es ist zu spät! Wer militärischen Einsätzen einen Finger reicht, muss schließlich die ganze Hand geben.

Schon vor dem Nato-Gipfel war in Berlin darüber spekuliert worden, ob die Bundesregierung dem wachsenden Druck nach mehr militärischem Engagement nicht durch die Bereitstellung von Tornados begegnen könnte. Nun scheint diese Option wahrscheinlicher zu werden. Die Nato hat nach Informationen des SPIEGEL sechs deutsche Tornado-Aufklärungsflugzeuge für Einsätze im heftig umkämpften Süd-Afghanistan angefordert. Die Anforderung ist in einem vertraulichen Brief des stellvertretenden Nato-Oberbefehlshabers Sir

John Reith an Bundeswehr-Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan enthalten.

Die Anfrage der Nato habe offenbar bereits am 11. Dezember vorgelegen, und dennoch hat es die Bundesregierung nicht für nötig befunden, in der letzten Sitzungswoche vor Weihnachten zumindest die Obleute des Verteidigungsausschusses darüber zu informieren. „Dies ist ein bemerkenswerter Vorgang. Offenbar bleibt die Bundesregierung bei ihrer Linie, nicht rechtzeitig und umfassend das Parlament zu informieren.“ Der frühere parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Willy Wimmer, kritisierte die von der Nato gewünschte Entsendung von Tornados. „Es ist ein unfreundlicher Akt der Bundesregierung dem Parlament gegenüber, hier offenbar tätig zu werden, ohne die in allen Fraktionen laufende Debatte über den Sinn des Afghanistan-Einsatzes abzuwarten“, sagte der CDU-Bundestagsabgeordnete.

Der Einsatz von Tornados sei eine „völlig neue Qualität“. Es seien schließlich Kampfflugzeuge, „die schießen können – und nicht nur Bilder“. Wimmer, der in seiner Fraktion seit längerem zu den schärfsten Einsatzkritikern der Bundeswehr in Afghanistan zählt, bewertet den Wunsch der Nato nach deutschen Flugzeugen „als den üblichen Versuch der Allianz, die Bundeswehr schleichend in den Süden zu ziehen“.

Währenddessen kam aus dem Außenministerium Zustimmung zur Nato-Anfrage. „Ich glaube, dass es eine grundsätzliche Bereitschaft gibt, eine solche Aufklärungsfunktion zur Verfügung zu stellen“, sagte Gernot Erler (SPD), Staatsminister im Auswärtigen Amt, dem Deutschlandfunk. Um die neuen Pläne durchzusetzen, sei keine Änderung des Bundestagsmandats erforderlich.

Stück für Stück wird die Bundeswehr in militärische Kampfeinsätze hineingezogen. Was zuvor noch als humanitäre Hilfe verschleiert wurde, findet immer unverhohlener als Krieg statt. Die Bilanz in Afghanistan sind bereits 18 tote Soldaten. Noch wird ihr Tod hinter „Unfall“ o.ä. verdeckt. Je mehr die Bundeswehr in die militärischen Auseinandersetzungen

hineingezogen wird, – immerhin stehen bereits 8.700 deutsche Soldaten in Auslandseinsätzen –, werden die Zinksärge, die nach Deutschland zurückkehren, zur Normalität werden.

Die US-Regierung drängt auf eine militärische Aufstockung der Soldaten. EU und Nato drängen auf dem Umbau der europäischen Armeen, um den entsprechenden Anteil an der Sicherheitspolitik der USA leisten zu können. Das vorgelegte Bundeswehr-Weissbuch und die Debatte darum sind Zeugnisse, wie der Umbau der Bundeswehr entspre-



Ob in der Luft oder zu Wasser: fast 9000 Bundeswehrsoldaten in Auslandseinsätzen

chend den Erfordernissen vonstatten gehen soll. (Dazu folgt ein Artikel in der nächsten Ausgabe.) Verteidigungsminister Jung fordert eine entsprechende Aufstockung des deutschen Militärhaushalts.

Welchen anderen Weg gibt es also, als den Abzug der deutschen Soldaten aus Afghanistan und allen Militäreinsätzen „out of area“ sowie „Keinen Euro, keinen Cent für diese Einsätze“ zu fordern, wie es SozialdemokratInnen und GewerkschafterInnen spätestens seit 1997 immer wieder tun, d.h. seit der damalige Kanzler Kohl die Initiative für diese Militäreinsätze ergriffen hat, die dann unter Schröder/Fischer Realität wurden?

Immer mehr Bundestagsabgeordnete verweigern den Militäreinsätzen ihre Zustimmung – auch in der SPD-Bundestagsfraktion, nachdem im November 2005 nur ein SPD-Abgeordneter gegen die Verlängerung der „Operation Enduring Freedom“ gestimmt hatte (wir berichteten darüber in Nr. 132), und so dem Willen des deutschen Volkes einen politischen Ausdruck gegeben hat.

Internationale Konferenz in Algier zur Unterstützung der palästinensischen Frauen von Nazareth, 9.-11. Dezember 2006

Die Konferenz von Algier wurde von der Parlamentsfraktion der algerischen Arbeiterpartei PT unter dem Vorsitz von Louisa Hanoune mit Beteiligung von »Dialogue« (1) nach einer internationalen Kampagne organisiert. Das Ergebnis der Konferenz

war die Gründung eines „Internationalen Gewerkschaftskomitees zur Unterstützung für die palästinensischen Frauen von Nazareth“. Den Vorschlag machte Sidi Said, der Generalsekretär des algerischen Gewerkschaftsbundes UGTA.

Wir, gewerkschaftlich und politisch engagierte KollegInnen und DemokratInnen, haben uns vom 9.-11. Dezember 2006 auf einer Internationalen Konferenz der Solidarität mit den palästinensischen Frauen versammelt.

Wir sind alarmiert von der Situation der palästinensischen arbeitenden Frauen von Nazareth und der aller arabischen ArbeitnehmerInnen, die in den Grenzen von 1948 leben. Ihre Situation verstößt gegen die Grundlagen der Demokratie und die IAO-Übereinkommen, Übereinkommen, für die die Arbeiterbewegung jahrzehntelang gekämpft hat, weil sie einen Stützpunkt für die Arbeitnehmerrechte in jedem Land darstellen.

Weil es unsere Pflicht ist, wenden wir uns an die internationale Arbeiterbewegung und an die Internationale Arbeitsorganisation (IAO), damit sie die legiti-

ERKLÄRUNG VON ALGIER

men Forderungen der palästinensischen ArbeitnehmerInnen in den Grenzen von 1948 für die Umsetzung der IAO-Übereinkommen unterstützen:

- die Übereinkommen 87 und 98, d.h. das Koalitionsrecht, das Recht auf Streik und Demonstration, die Tarifautonomie;
- das Verbot jeder Diskriminierung und vollständige Gleichberechtigung gemäß IAO-Übereinkommen 111;
- das Recht für die Frauen, selbst zu entscheiden, ob sie ihre Verantwortung im Haushalt übernehmen, oder ob sie frei gemäß den IAO-Übereinkommen 29 und 105 arbeiten wollen;
- das Recht auf einen Mindestlohn und eine Regelung der Arbeitszeit gemäß Übereinkommen 30 und 131.

Wir wenden uns an die internationale Arbeiterbewegung, an die internationale Gewerkschaftsorganisation, an die regionalen und nationalen Gewerkschaften und an die Internationale Arbeitsorganisation IAO, für die Respektierung der Rechte der arabischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in den Grenzen von 1948 leben, auf freie Organisation und Gründung von Gewerkschaften ihrer Wahl und das Recht auf Mitgliedschaft in ihnen, einzutreten, und ihre sozialen Rechte zu verteidigen.

Deshalb fassen wir in Algier den Beschluss, ein internationales gewerkschaftliches Solidaritätskomitee für die palästinensischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu gründen, und rufen die ArbeitnehmerInnen, GewerkschafterInnen und DemokratInnen auf, unsere Initiative zu unterstützen.

Weitere Beschlüsse der Konferenz in Algier

– Im Juni 2007 findet die IAO-Tagung statt, auf der diese Frage behandelt wird. Für März soll eine Delegation zum Internationalen Arbeitsamt der IAO vorbereitet werden.

– Am 8. März soll in allen Ländern, in welcher Form auch immer, im Rahmen des internationalen Frauentages dieses Anliegen der Frauen von Nazareth aufgenommen werden.

– Der »Dialogue« wird über die Konferenz von Algier und ihre Vorbereitung durch eine Konferenz in Paris Anfang Dezember berichten.

(1) »Dialogue« ist eine Zeitschrift für die Diskussion zwischen jüdischen und arabischen KollegInnen in Palästina, die sich für das Recht der palästinensischen Flüchtlinge auf Heimkehr einsetzen und über politische Lösungen diskutieren wollen. »Dialogue« erscheint in Arabisch, Hebräisch, Englisch und Französisch. Das Jahresabonnement für 4 Ausgaben kostet 15 Euro.

Zeitschrift »Dialogue«, 87, rue du Faubourg-Saint-Denis, 75010 Paris, Frankreich. - E-Mail: dialoguereview@yahoo.com

(2) Vom ehem. US-Präsident Bill Clinton in den 80er Jahren zusammen mit dem Senat eingeführt, um das Arbeitslosengeld zu streichen, wurde er 1998 zum ersten Mal in den USA für die Schwarzen praktiziert.

Aus der algerischen Presse: Sie betont die Bedeutung der Konferenz von Algier und ihren Erfolg

„Konferenz zur Unterstützung der Frauen von Nazareth: ein voller Erfolg.“ Das ist die Schlagzeile des »Jour d'Alger« (14. Dezember). »Le Courrier« (14. Dezember) stellt fest: „Die Bedeutung dieser Konferenz zeigt sich auch an der starken gewerkschaftlichen Beteiligung, unter anderem des algerischen Gewerkschaftsbundes UGTA, des Internationalen Arabischen Gewerkschaftsbundes CISA, der Organisation für die Afrikanische Gewerkschaftseinheit OUSA, der Gewerkschaften aus Spanien, Brasilien und Portugal, sowie an der Teilnahme eines Dutzend politischer Parteien.“

Währenddessen unterstreicht »Le Jeune Indépendant« vom gleichen Tag, dass „**Delegationen von Gewerkschaftern, die die wichtigsten nationalen und internationalen Arbeiter- und Gewerkschaftsorganisationen vertreten, politische Persönlichkeiten und Künstler aus 38 Ländern tatsächlich gekommen sind, um ihre Unterstützung zu bekunden, aber auch, um über die Mittel zu diskutieren, mit denen den palästinensischen Arbeitern in den Grenzen von 1948 geholfen werden soll.**“

»La Nouvelle République« kommt auf die Frage der Verteidigung der Rechte zurück: „**Louisa Hanoune sagte über die Arbeiterinnen von Nazareth: 'Eine internationale Kampagne wird die Verstöße gegen die IAO-Übereinkommen auf-**

decken.' Den Arbeitern und Arbeiterinnen von Nazareth und allen palästinensischen Arbeitern in den Grenzen von 1948 wird das Recht genommen, sich in gewerkschaftlichen Strukturen zu organisieren, und ihnen wird das Recht auf Streik und Demonstration verweigert. Diese Rechte werden indessen von den IAO-Übereinkommen 87 und 98 garantiert, die der Staat Israel ratifiziert hat.

Weitere Übereinkommen, gegen die letzterer verstößt, sind Nr. 29 und 105, die die freie Entscheidung der Frauen betreffen, arbeiten zu gehen oder den Haushalt zu versorgen, sowie das in den Übereinkommen 30 und 131 festgelegte Recht auf einen Mindestlohn und auf eine Regelung der Arbeitszeit, gegen die ebenso verstoßen wird (...).

Eine andere zentrale Frage auf der Agenda der genannten internationalen Kampagne ist der 'Stopp des Wisconsin-Plans' (2): Dieser will eine Zwangsarbeit durchsetzen, die die Rechte der Arbeitnehmer und besonders der palästinensischen Arbeiterinnen von Nazareth und in den Grenzen von 1948 mit Füßen tritt. Die Ergebnisse der Nachforschungen, die Sawt el-Amel (Die Stimme der Arbeiter) von Nazareth in ihrer Broschüre »Getrennte Entwicklungen und Ungleichheiten« veröffentlicht haben, sind aufschlussreich: 52% der arabischen Bürger im Staat Israel leben unter der Armutsgrenze, im Vergleich zu 16% der Juden.“

USA: Der Kampf gegen die ethnische Säuberung und für die Verteidigung der Rechte der Schwarzen
**Die Schwarzen sind der am meisten ausgebeutete Teil
 der amerikanischen Arbeiterschaft**

INTERVIEW mit **Kali Akuno**, Organisator der »Malcolm X Grassroots Movement«

Kali Akuno ist der nationale Organisator der »Malcolm X Grassroots Movement«, eine 1989 gegründete Organisation der amerikanischen Schwarzen, deren Ziele er in diesem Interview erläutert. Er gehört außerdem zu den Organisatoren eines internationalen Tribunals, das im August 2007 in New Orleans stattfinden soll, um über die Verantwortung der Regierung von George W. Bush bei der Katastrophe nach dem Hurrikan Katrina vor 14 Monaten zu urteilen.

Vor allem wurde er im Interview nach seiner Reaktion auf den Mord an Sean Bell, einem 23-Jährigen Schwarzen, am 25. November in New York gefragt. Dieser wurde von der Polizei ohne Vorwarnung in einem Kugelhagel erschossen, als er wenige Stunden vor seiner Hochzeit aus einer Diskothek kam.

Frage: Wie hast du auf den Mord der New Yorker Polizei an Sean Bell reagiert?

Kali Akuno: Das ist eine Schande, aber ich war leider über diesen Mordanschlag nicht überrascht. Die New Yorker Polizei hat wie andere eine Vergangenheit der ständigen Brutalitäten gegen Schwarze und Lateinamerikaner. New York ist eine sehr repressive Stadt, in der die Zahl der Polizisten im Verhältnis zur Einwohnerzahl zu der höchsten im Lande gehört. Ich erinnere mich an die Ermordung von Amadou Diallo 1999 unter ähnlichen Umständen durch die gleiche New Yorker Polizei. Das zeigt meines Erachtens, wie sehr wir uns nach dem 11. September 2001 einem Polizeistaat nähern.

Frage: In welcher Situation lebt die schwarze Bevölkerung in den USA?

Kali Akuno: Die Unterdrückung der Schwarzen hat zugenommen. Die Löhne sinken, die Gewerkschaften werden angegriffen. Die große Mehrheit der Schwarzen in den USA hat nur zwei Möglichkeiten: entweder Gefängnis bzw. die Armee (zwei Seiten einer Medaille), oder das Überleben in der informellen Wirtschaft. In der Praxis pendeln viele Schwarze zwischen beiden Alternativen.

Frage: Was ist dein Vorschlag? Wofür kämpfst du?

Kali Akuno: In einem Wort, für die Selbstbestimmung der Schwarzen. Wir wurden eingefangen und als Sklaven nach Amerika gebracht. Dort lebten wir 400 Jahre lang als Leibeigene, ohne das Recht, uns frei ausdrücken und ein



Kali Akuno ist nationaler Organisator der »Malcolm X Grassroot Movement« in den USA

Leben entsprechend unserer Kultur führen zu können, ohne rechtliche Gleichstellung mit den anderen, vorwiegend weißen Bevölkerungsschichten.

Unsere alltägliche Forderung heißt wirtschaftliche Sicherheit. Wir kämpfen gegen Zwangsumsiedlungen und ethnische Säuberung: die Schwarzen werden heute aus ihren Wohnvierteln vertrieben. New Orleans ist das deutlichste Beispiel dafür (s. S. 12), aber diese Politik wird im ganzen Land praktiziert.

„Wir werden enteignet und als überzählige Bevölkerung betrachtet“

Historisch gesehen waren die Schwarzen der am meisten ausgebeutete Teil der amerikanischen Arbeiterschaft. Heute werden wir enteignet und als überzählige, völlig nutzlose Bevölkerung betrachtet. Das zeigt sich in der massiven Kriminalisierung besonders der schwarzen Jugendlichen, indem massiv Drogen in unsere Viertel eingeschleust werden.

Ein Viertel der amerikanischen Schwarzen sind oder waren irgendwann in ihrem Leben im Gefängnis.

Ein solches Ausmaß staatlicher Unterdrückung gegen einen Teil der Bevölkerung ist einzigartig in den Industrieländern.

Die Ausbeutung der Arbeiterschaft und die Ausbeutung der Schwarzen als am meisten unterdrückter Teil sind historisch untrennbar verbunden. Doch dem Kapital ist es bis jetzt gelungen, weiße Arbeiter und schwarze Arbeiter gegeneinander auszuspielen, auch heute noch (...).

Mehrfach, wie in den 60er und 70er Jahren, hat der Kampf der schwarzen Arbeiterschaft ein wichtiges Entwicklungsstadium erreicht, ein klares Bewusstsein über die Frage der Selbstbestimmung und Autonomie, d.h. für die Forderung, gleichberechtigt behandelt und vertreten zu werden. Doch die weiße Gewerkschaftsbürokratie hat beschlossen, das Thema zu ignorieren.

Frage: Was ist deiner Meinung nach die politische Perspektive, die den amerikanischen Schwarzen einen Ausweg bieten kann?

Kali Akuno: Zunächst muss man klar sagen: Die Demokratische Partei und die Republikanische Partei sind grundsätzlich ein und dieselbe Partei. Sie vertreten verschiedene Flügel der herrschenden Klasse, selbst wenn die Demokraten vorgeben, die Vertretung der Schwarzen, Lateinamerikaner, Arbeiter und Unterdrückten zu sein. Es war nicht einfach für uns und für die Unterdrückten, uns von diesem Parteiensystem zu lösen.

Wir müssen unsere eigene, unabhängige politische Partei aufbauen. Die Entwicklung dahin dauert schon lange. In unserer Geschichte hat es schon mehrere Anläufe gegeben (...).

Gegenwärtig ist meine Organisation gemeinsam mit anderen dabei, die Grundlagen für eine Partei des Wiederaufbaus zu legen, und wir diskutieren über die Aufstellung eines Kandidaten dieser Partei für die Gouverneurswahl des Staates Louisiana auf einer Plattform für den Wiederaufbau von New Orleans und der ganzen Region, und für den sozialen Wandel.

14 Monate nach der Katastrophe des Hurrikans Katrina

Kali Akuno: „Wir kämpfen für das Recht der schwarzen Bevölkerung auf Rückkehr, für den Wiederaufbau“ (Forts. des Interviews von Seite 11)

Frage: Du wohnst in New Orleans. Wie sind dort die Lebensbedingungen 14 Monate nach dem Durchzug des Hurrikans Katrina?

Kali Akuno: Es ist schrecklich. Nur die Hälfte der Einwohner konnten zurückkommen. Vor dem Hurrikan war die Bevölkerung zu 70% schwarz. Dieser Anteil ist auf 40% gefallen. Wir sind eine Minderheit geworden! Die Versicherungsgesellschaften zögern mit Entschädigungszahlungen für zerstörte Häuser, und wenn sie doch was rausrücken, erhalten schwarze Familien die Hälfte weniger als weiße Familien. Es handelt sich hier also wahrhaftig um Rassendiskriminierung.

Große Teile der Stadt sind verlassen. Ganze Viertel haben immer noch kein fließend Wasser, keinen Strom, und werden nicht mehr von den kommunalen Diensten versorgt.

Stellt euch die Produktivkraft der USA vor! Dieses Land könnte eine ganze Stadt von unten bis oben, jederzeit, an jedem beliebigen Ort aufbauen. Seht euch die Armee an, die in der Lage ist, an jeden Punkt des Globus hunderttausende Soldaten mit voller Ausrüstung zu schicken. Wenn man das miteinander vergleicht, die gigantischen Mittel, die im Irak verschleudert werden, und hier die winzigen Mittel für den Wiederaufbau von New Orleans, dann erkennt man wahrhaftig, welche Prioritäten diese Regierung setzt, die von 90% der schwarzen Wähler bei den letzten Wahlen abgelehnt wurde.

Frage: Kannst du uns erläutern, wie die aktuelle Kampagne für das Rückkehrrecht der schwarzen Bevölkerung geführt wird?

Kali Akuno: Ich bin der Leiter des Hilfsfonds, der von einem fortschrittlichen Bündnis in der Region des Golfs von Mexiko eingerichtet wurde. Das Bündnis kämpft für das Rückkehrrecht und für den Wiederaufbau.

Unsere Kampagne hat mehrere Aspekte. Zunächst fordern wir erschwingliche Wohnungen. Wir wollen den Staat Louisiana und die Bundesregierung zwingen, die notwendigen Wohnungen für die sofortige Rückkehr der schwarzen Arbeiter in die Stadt zu schaffen und ein Bundesprogramm für die Häuserreparatur aufzulegen.

Zweitens werden wir ein internationales Tribunal organisieren, um der US-Regierung vor Augen zu führen, was ihre Verantwortung für die Organisie-

rung von Hilfeleistungen gewesen wäre. In der Realität ließ man die Menschen während dieser Tage sterben. Es kam auch zu Zwangsaussiedlungen.

Frage: Wann wird das internationale Tribunal stattfinden?

Kali Akuno: Im August 2007 am 2. Gedenktag des Hurrikans. Die Opfer, die Menschen, die zwangsweise umgesiedelt wurden, haben es sich so gewünscht, damit das Ereignis die größte Resonanz

erhält. Heute sind wir auf internationaler Ebene aktiv, um Unterstützung für diese Initiative zu gewinnen, die so breit wie möglich sein soll.

Wir legen Wert darauf, das Tribunal selbst zu organisieren, denn wir haben keine Illusion in die UNO und den Internationalen Gerichtshof (ICJ).

(Dieses Interview erschien in der Pariser Wochenzeitung »Informations ouvrières« Nr. 772 vom 7.-13. 12. 06)



Von der Regierung im Stich gelassen: Selbstversorger im überfluteten New Orleans

Aufruf zur Bildung eines internationalen Tribunals „Hurrikan Katrina“: Über die Verbrechen der US-Regierung wird das Urteil gesprochen werden

Die „Black Activist Coalition“ und die „Peoples Hurricane Relief Fund and Oversight Coalition“ starten eine Kampagne, um ein **Internationales Tribunal zum Hurrikan Katrina und den Menschenrechtsverletzungen der US-Regierung** einzuberufen. Nach der Planung des Komitees wird das Tribunal **vom 28. August bis 2. September 2007 in New Orleans** stattfinden.

Das Tribunal wird der Welt die Belege für den Rassismus und die Gesetzlosigkeit der US-, Staats- und lokalen Regierungen während der Katrina-Katastrophe darlegen.

Wir rufen die Regierungen und Persönlichkeiten sowie die Organisationen in den USA und international auf, als Unterstützer des Internationalen Tribunals zu unterzeichnen und Zeit, Mittel und Spenden aufzubringen, um bei der Organisation dieses wichtigen und großen Vorhabens zu helfen.

+++++

Für die Teilnahme an der Organisation des Tribunals, oder für weitere Informationen:

Tel.Nr. des Katrina-Tribunals (601) 353-5566

Briefe an: Katrina-Tribunal, 440 North Mill Street, Jackson, MS 39202.

E-Mails an Kai Abiodun:

kaiaiodun@yahoo.com oder Chokwe Lumumba CLumumba@aol.com

oder www.peopleshurricane.org

für weitere Informationen besuchen.

Kontakt in Deutschland:

E-Mail: michael.altmann@gmx.net

Spendenkonto: Michael Altmann, Postbank Frankfurt am Main (BLZ 500 100 60) Konto-Nr. 163 50-605

Eine Analyse zum Hintergrund für die Einberufung des Tribunals und mit den neun Anklagepunkten kann in deutscher Sprache über diese Adresse bezogen werden.